



Zusammenfassung für Entscheidungstragende

Koordinierende Leitautor_innen

Ernest Aigner, Christoph Görg, Verena Madner, Andreas Muhar, Andreas Novy, Alfred Posch und Karl W. Steininger.

Leitautor_innen

Lisa Bohunovsky, Jürgen Essletzbichler, Karin Fischer, Harald Frey, Willi Haas, Margaret Haderer, Johanna Hofbauer, Birgit Hollaus, Andrea Jany, Lars Keller, Astrid Krisch, Klaus Kubeczko, Michael Miess, Michael Ornetzeder, Marianne Penker, Melanie Pichler, Ulrike Schneider, Barbara Smetschka, Reinhard Steurer, Nina Svanda, Hendrik Theine, Matthias Weber und Harald Wieser.

Zitierhinweis

APCC (2023): Zusammenfassung für Entscheidungstragende. [Aigner, E., C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, L. Bohunovsky, J. Essletzbichler, K. Fischer, H. Frey, W. Haas, M. Haderer, J. Hofbauer, B. Hollaus, A. Jany, L. Keller, A. Krisch, K. Kubeczko, M. Miess, M. Ornetzeder, M. Penker, M. Pichler, U. Schneider, B. Smetschka, R. Steurer, N. Svanda, H. Theine, M. Weber und H. Wieser]. In: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben) [Görg, C., V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, und E. Aigner (Hrsg.)]. Springer Spektrum: Berlin/Heidelberg.

Warum Strukturen im Mittelpunkt stehen

Derzeit ist es schwierig, in Österreich klimafreundlich zu leben. In den meisten Lebensbereichen, von Arbeit über Mobilität und Wohnen bis hin zu Ernährung und Freizeitgestaltung, fördern bestehende Strukturen klimaschädigendes Verhalten und erschweren klimafreundliches Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3–9} Der vorliegende Bericht bestärkt somit für Österreich die Aussagen des Klimarates der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), wonach zur Erreichung

der Ziele des Pariser Klimaabkommens grundlegende Transformationen im Sinne umfassender Strukturveränderungen notwendig sind (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis).

Dem Bericht liegt folgendes Verständnis von klimafreundlichem Leben zugrunde: Klimafreundliches Leben sichert dauerhaft ein Klima, das ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglicht. {Kap. 1} Wenn klimafreundliches Leben der Normalfall wird, führt dies zu einer raschen Reduktion der direkten und indirekten Treibhausgasemissionen und belastet das Klima langfristig nicht. Klimafreundliches Leben strebt nach einer hohen Lebensqualität bei Einhaltung planetarer Grenzen für alle Menschen. Es geht um ein gutes und sicheres Leben nicht nur für einige Menschen, sondern für alle, in Österreich und global. In diesem Sinne sind die Deckung aller Bedürfnisse und Gerechtigkeit Teil klimafreundlichen Lebens, und der Bezug zu anderen sozialen und ökologischen Zielen (z. B. UN-Nachhaltigkeitszielen) ist wesentlich. Dieser Bericht bewertet auf Basis wissenschaftlicher Literatur unterschiedliche Ansätze zur Transformation von Strukturen, damit klimafreundliches Leben in Österreich dauerhaft möglich und rasch selbstverständlich wird.

Strukturen sind jene Rahmenbedingungen und Verhältnisse, in denen das tägliche Leben stattfindet. Beispiele für Rahmenbedingungen sind Raumplanung und Steuersystem, Beispiele für Verhältnisse sind Produktions- und Einkommensverhältnisse. {Kap. 1, 2} Die bewertete Literatur zeigt in ihrer Gesamtheit, dass Strukturen klimafreundliches Verhalten erleichtern, erschweren oder verhindern. Strukturen beeinflussen, (1) wie klimaschädigend sich Einzelne verhalten, (2) in welcher Weise Einzelne von Klimaschutzmaßnahmen betroffen sind und (3) inwiefern Akteur_innen die Möglichkeit haben, diese Strukturen zu gestalten. Es kann unter anderem zwischen immateriellen (z. B. Rechtsnormen, Planungsvorschriften) und materiellen Strukturen (z. B. Leitungen für Wasser- und Energieinfrastruktur) unterschieden werden. Diese Strukturen sind miteinander verwoben: So umfasst das Mobilitätssystem immaterielle

Strukturen wie die Straßenverkehrsordnung und materielle Strukturen wie das Straßen- und Schienennetz.

Die Bewertung des Forschungsstands zeigt in ihrer Gesamtheit: Wenn klimafreundliches Leben dauerhaft möglich und rasch selbstverständlich sein soll, erfordert dies eine grundlegende und weitreichende Transformation, die den Rückbau klimaschädigender und den Aufbau klimafreundlicher Strukturen umfasst. In der Literatur finden sich zahlreiche Vorschläge für wirksame Maßnahmen, wie zum Beispiel: eine stetig, substanziell und langfristig steigende Bepreisung klimaschädigender Emissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis) {Kap. 16, 2, 3, 5, 6, 7, 9, 11, 13, 14, 15, 17, 18}, ein verbindliches Klimaschutzgesetz mit effektiven Sanktionsmechanismen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis) {Kap. 11, 12, 14}, die Bereitstellung attraktiver, leistungsfähiger und klimafreundlicher öffentlicher Mobilitätsinfrastrukturen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis) {Kap. 2, 4, 6, 7, 8, 14, 16, 17, 18, 19, 22}, eine auf Klimafreundlichkeit ausgerichtete und koordinierte Raum-, Stadt- und Siedlungsplanung (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis) {Kap. 4, 6, 17, 19, 22} oder eine rechtsverbindliche ökologische Sorgfaltspflicht in einem EU-Lieferkettengesetz (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 15}.

Wiewohl der Großteil der untersuchten Literatur betont, dass Strukturveränderungen unerlässlich sind, um klimafreundliches Leben zu ermöglichen, definieren verschiedene Disziplinen und Theorien den Begriff „Strukturen“ unterschiedlich und stellen jeweils unterschiedliche die Klimakrise verschärfende Strukturen in den Vordergrund (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2} Im Bericht wurden dazu vier verschiedene Perspektiven identifiziert {Kap. 2, 24–28}: Liegt der Fokus auf tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, werden Strukturen wie soziale Ungleichheit oder Wachstumszwänge und -abhängigkeiten sowie Naturbeherrschung untersucht (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2} Liegt der Fokus auf Versorgungssysteme, so geht es darum, wie unterschiedliche Güter und Dienstleistungen etwa für Ernährung, Wohnen oder Mobilität bereitgestellt werden und mit welchen Lebensformen, Praktiken und Gewohnheiten diese einhergehen (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2} Steht der Markt im Zentrum, dann sind Marktversagen, Preise sowie Entscheidungsarchitekturen, die Rahmenbedingungen für Entscheidungen setzen (beispielsweise Investitionen), wesentlich (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2} Liegt das Augenmerk auf Innovationen, dann sind für soziale und technische Neuerungen auch neue Governance-Modelle erforderlich (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2}

Gestalten von Strukturen durch gemeinsames Handeln

Gestalten von Strukturen für ein klimafreundliches Leben bedeutet gezieltes und koordiniertes Vorgehen, das am Allgemeinwohl orientiert ist, sich der Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse bewusst ist, Interessen verhandelt und Veränderungen demokratisch legitimiert umsetzt. {Kap. 1} Für derartiges Handeln wird oft die Gesetzgebung benötigt, wie zum Beispiel für Steuerreform zur Einführung eines CO₂-Preises (siehe oben), für ein Verbot von Öl- und Gasheizungen {Kap. 4} oder für die Einführung eines Klimatickets {Kap. 3, 4, 6, 17}. Das konkrete Ausgestalten klimafreundlicher Strukturen erfolgt dann wesentlich durch die Verwaltung, die klimapolitische Maßnahmen umsetzt (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1} Ein Beispiel: Das Klimaticket war eine zielgerichtete klimapolitische Initiative der Bundesregierung, die nach der Beschlussfassung im Parlament koordiniert von einer Vielzahl von Akteur_innen umgesetzt wurde: Bundesministerien, regionale Verkehrsverbände, öffentliche und private Verkehrsunternehmen, Gebietskörperschaften. {Kap. 1}

Klimafreundliches Leben erfordert mehr Aufmerksamkeit für die Gestaltung von Strukturen und weniger Beschäftigung damit, wie Einzelne ihr Verhalten innerhalb der bestehenden Strukturen ändern können oder sollen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 3, 4, 5, 10, 23} Damit klimafreundliches Leben selbstverständlich wird, reicht es nicht, über Klimafolgen von Konsumententscheidungen zu informieren {Kap. 3}, von innovativen Unternehmen zu erwarten, innerhalb aktuell klimaschädigender Marktstrukturen zu bestehen {Kap. 13, 14, 15, 16}, oder an das Individuum zu appellieren, sich klimafreundlich zu verhalten {Kap. 1, 2}. Stattdessen geht es um den Rückbau klimaschädigender und den Aufbau klimafreundlicher Strukturen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 14, 16, 22}

Der Bericht zeigt in seiner Gesamtheit: Bei den Akteuren, die Strukturen klimafreundlich gestalten können, gibt es auch in Österreich noch kein hinreichendes Engagement dafür, bestehende Gestaltungsspielräume zu nutzen bzw. neue Strukturen für ein klimafreundliches Leben zu schaffen. Nationale und europäische Gesetzgebung und Exekutive sind einflussreiche Gestalterinnen von Strukturen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1} Auch Kammern, Gewerkschaften und Interessenvertretungen von Unternehmen sowie der Landwirtschaft sind allgemein und besonders in der Klimapolitik einflussreiche politische Akteurinnen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12} Viele Akteur_innen reagie-

ren jedoch auf europäische und internationale klimapolitische Vorgaben eher zögerlich und zurückhaltend (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8, 12, 14, 15} Die Politik setzt vereinbarte Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen nur langsam um (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12, 15} Die Gestaltung von Strukturen für klimafreundliches Leben in Österreich war bisher ein untergeordnetes Anliegen der Sozialpartner; insbesondere die Interessenvertretung der Wirtschaft wird als beherrschende Kraft eingeschätzt (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 7, 12, 14} Dies zeigt sich auch daran, dass umweltpolitische Fortschritte ab dem EU-Beitritt sich zumeist EU-Vorgaben oder solchen Konstellationen verdanken, in denen zugleich auch kurzfristige wirtschaftliche Vorteile zu erwarten waren (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12}

Governance-Mechanismen beeinflussen wesentlich, ob und wie koordiniert und zielorientiert gehandelt werden kann (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 12} Wie der Bericht in seiner Gesamtheit zeigt, können viele staatliche und nichtstaatliche Akteure klimafreundliche Strukturen gestalten, sofern sie dabei koordiniert und zielgerichtet vorgehen. Akteure, die im Bericht untersucht wurden, waren insbesondere Regierung, Parteien, Verwaltung, Unternehmen, Interessenvertretungen, Sozialpartner, gesellschaftliche Bewegungen, Wissenschaft und Medien. Neuerungen der Klima-Governance in Österreich waren das Erstarken zivilgesellschaftlicher Klimabewegungen im Jahr 2019 und ein im Jahr 2020 neu eingerichtetes Klimaschutzministerium mit weitreichenden Zuständigkeiten. {Kap. 12}

Durch Kritik und Protest hat die Zivilgesellschaft Klimapolitik ab 2019 weltweit zeitweise ins Zentrum öffentlicher Debatten gebracht (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 8, 12} Wesentlich hierfür war das koordinierte Handeln sozialer Bewegungen wie z.B. Fridays for Future, das zur Folge hatte, dass der Klimawandel als gesellschaftliches Problem diskutiert wird (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 8, 12}. Diese Entwicklung hat neue klimapolitische Gestaltungsspielräume eröffnet. Umweltbewegungen können ihr Potential allerdings nur dann entfalten, wenn sie von einflussreichen politischen Akteur_innen innerhalb und außerhalb der Regierung unterstützt werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 12}

Allgemein sind Kritik und Protest von Umweltbewegungen wesentlich für Bewusstseinsbildung und politisches Agendasetting zur Klimakrise (starke Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 12} Sie bringen kontrovers diskutierte Herausforderungen in die öffentliche Debatte, wie zum Beispiel den Zusammenhang von Wachstumsdynamiken mit Emissionsentwicklungen im Kontext der historischen Verantwortung des globalen

Nordens. {Kap. 1, 15} Weiters experimentieren Umweltbewegungen auch mit innovativen und suffizienzorientierten Praktiken und zeigen Umsetzungsmöglichkeiten und Wege zum klimafreundlichen Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 8, 12, 23}

Klimapolitische Herausforderungen im Kontext anderer politischer Zielsetzungen

Die klimapolitischen Herausforderungen sind größer als je zuvor und nehmen weiter zu, während die gesetzten emissionsreduzierenden Maßnahmen nicht ausreichen, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen – weder in Österreich (Klimaneutralität bis 2040) noch in der EU oder global (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 11, 12, 14, 19} In der Vergangenheit wurde versucht, Klimapolitik besser zu koordinieren und umzusetzen, allerdings gab es keine zielkonformen Reduktionen von Treibhausgasemissionen in Österreich (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 12} Die Klimapolitik auf Bundesebene fand ihren Ausdruck in drei Klimastrategien (2002, 2007 und 2018), einem Klimaschutzgesetz und entsprechenden Novellen (2011, 2012, 2017) sowie zwei Maßnahmenprogrammen für die Jahre 2013/2014 und 2015 bis 2018. 2018 wurde der Österreichische Nationale Energie und Klimaplan (NEKP) 2018 vorgelegt, der bereits bei der Beschlussfassung weder ausreichend zielorientiert noch ausreichend koordiniert war (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12} Er setzte zwar auf Technologieentwicklung sowie Leuchtturmprojekte, ging aber kaum auf eine Transformation tieferliegender wirtschaftlicher, räumlicher und zeitlicher Strukturen ein (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 23}

Die völkerrechtlich vereinbarte Erfassung von Treibhausgasemissionen als Ausstoß innerhalb eines Territoriums unterschätzt, wie emissionsintensiv und klimaschädigend das Leben in Österreich tatsächlich ist (vergleiche Abb. ZfE.1) (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1} Die durch das tägliche Leben in Österreich global anfallenden klimaschädigenden Emissionen sind um etwa die Hälfte höher, wenn alle im Ausland anfallenden Emissionen, die für die Deckung der Nachfrage in Österreich entstehen (konsumbasierte Emissionen), berücksichtigt werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1} Diese hohe Abweichung kann auch in anderen reichen Ländern mit starken Außenhandelsbeziehungen, das heißt hohem Import- und Exportanteil bei Gütern und Dienstleistungen, beobachtet werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1} Nur wenn bei klimapolitischen Maßnahmen alle konsumbasierten Emissionen berücksichtigt werden, werden solche globalen Zusammenhänge er-

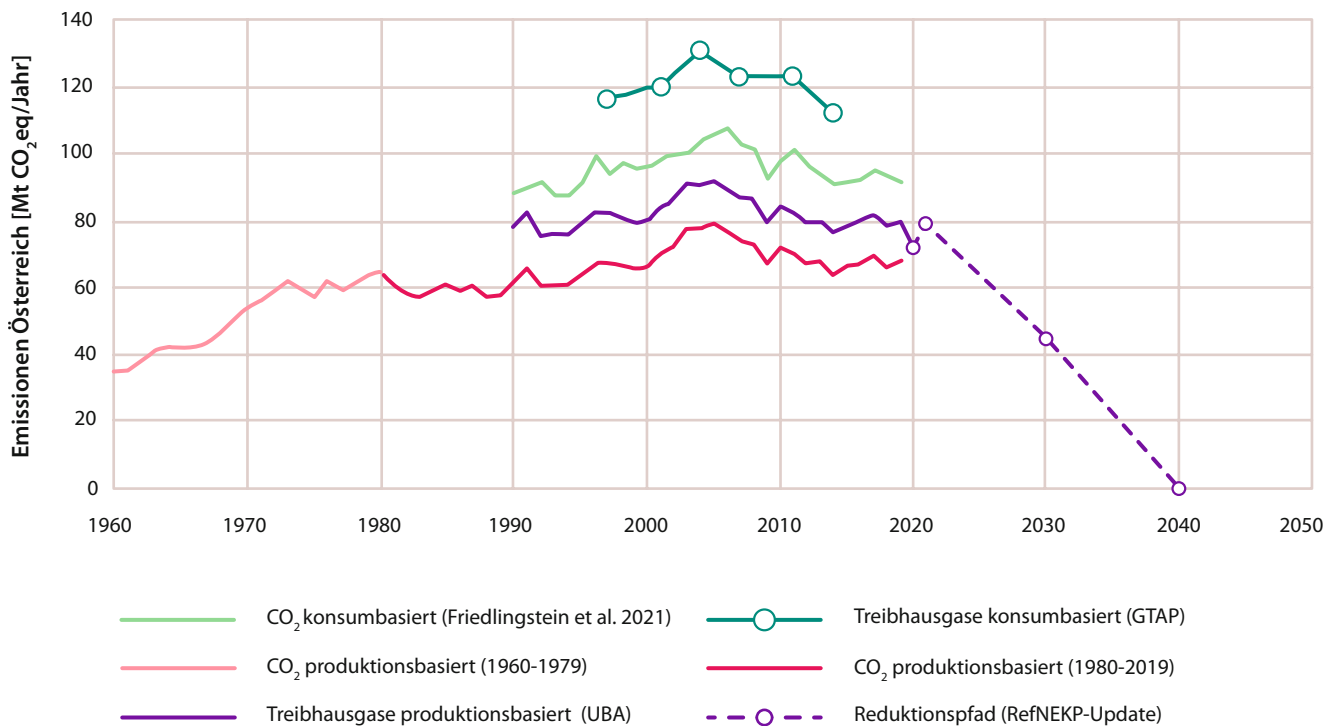


Abb. ZfE.1 Dynamiken klimaschädlicher Emissionen Österreichs in territorialer (produktionsbasierter) als auch nach konsumbasierter Methode („Fußabdruck“) {Kap. 1}

fasst. Dies ist eine Voraussetzung, dass Österreich zur globalen Klimagerechtigkeit beitragen kann, anstatt Emissionen auszulagern (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 5, 15}

Strategien zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes setzen bislang vorrangig auf erhöhte Energie- und Treibhausgas-effizienz, um Verbrauch bzw. Emissionen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 23} Die wissenschaftliche Evidenz für die Wirksamkeit dieser Strategie ist schwach. {Kap. 14} Es gibt Beispiele dafür, dass der Energie- oder Treibhausgasverbrauch im Vergleich zum Wirtschaftswachstum langsamer gestiegen ist (relative Entkopplung), aber kaum solche, in denen der Energie- oder Treibhausgasverbrauch bei steigendem Volkseinkommen tatsächlich gesunken ist (absolute Entkopplung) (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 14} Ähnliches gilt für den Ressourcenverbrauch (mittlere Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 15} Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Effizienzgewinne in einzelnen Dimensionen wie Materialeinsatz, Energieverbrauch oder Treibhausgasemissionen oftmals durch erhöhten Konsum überkompensiert werden (Rebound-Effekt) (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 3, 5, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 22}

Studien belegen den Zusammenhang zwischen den Treibhausgasemissionen und dem Materialverbrauch,

der mit gegenwärtiger Produktion und Konsum sowohl global als auch in Österreich einhergeht (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 5, 15} In der Literatur wird hierbei die Notwendigkeit einer absoluten Reduktion des globalen Materialverbrauchs zur Erreichung von globalen und nationalen Klimazielen diskutiert (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 15} Entsprechend werden in der Wissenschaft auch Szenarien und Strategien untersucht, die auf Suffizienz fokussieren und mögliche Vor- und Nachteile sowie Handlungsoptionen des Schrumpfens bestimmter Wirtschaftsbereiche oder des gesamten Volkseinkommens behandeln (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 3, 7, 8, 9, 14, 16}

Unvermindert hohe Emissionen resultieren aus inkonsistenten politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14} Aktuelle klimapolitische Maßnahmen zur Veränderung von Versorgungsstrukturen bestehen größtenteils aus nur zum Teil wirksamen Förderungen zur Verbreitung von klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14} Bestehende finanzielle und regulative Rahmenbedingungen schaffen hingegen wenig Anreize zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und begünstigen mitunter klimaschädigende Tätigkeiten (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7, 14, 15, 16} Beispiele umfassen

Subventionen klimaschädigender Strukturen im Energie-, Mobilitäts- oder Produktionsbereich {Kap. 6, 7, 11, 14} wie zum Beispiel Wohnbauförderungen, die nicht zum klimaschonenden Bauen oder zur Steigerung der Sanierungsrate beitragen {Kap. 4} oder das Pendlerpauschale, das auch die Zersiedelung vorantreibt. {Kap. 5}

Die Verteilung von Löhnen, Gehältern, anderen Einkommen und Vermögen sowie der Zugang zu Infrastrukturen bestimmen wesentlich, wie klimafreundlich sich Einzelne verhalten (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 9, 17} Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen leben unabhängig von ihrem Bildungsniveau klimaschädigender als einkommensschwache Haushalte. Allerdings sind aktuell selbst die Emissionen der untersten Einkommensgruppen zu hoch, um die Pariser Klimaziele zu erreichen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 17}. Weiters kann Ungleichheit zu erhöhtem Konsum aufgrund von Statuswettbewerb und dadurch zu erhöhten Emissionen führen (mittlere Übereinstimmung; mittlere Literaturbasis). {Kap. 17}

Einkommen und Vermögen beeinflussen neben der Möglichkeit, klimafreundlich zu leben, auch die Möglichkeit, klimafreundliche Strukturen zu gestalten (mittlere Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 1} Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum einkommens- und vermögensschwacher Gruppen im Vergleich zu gut Verdienenden oder Vermögenden ist oft eingeschränkt (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 17}

Strukturveränderungen für ein klimafreundliches Leben

Klimaschutz als Querschnittsthema benötigt eine Mehr-Ebenen-Governance

Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, was sich unter anderem in einer Vielfalt rechtlicher Bestimmungen zur Klimapolitik widerspiegelt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11} Das Klimaschutzrecht umfasst einerseits Bestimmungen, die unmittelbar dem Schutz des Klimas dienen, wie Bestimmungen zur Reduktion von klimaschädigenden Treibhausgasen, andererseits auch Bestimmungen, die indirekt Auswirkungen auf den Klimaschutz haben, wie Bestimmungen über den Boden- oder Gewässerschutz. {Kap. 11} Darüber hinaus sind Bestimmungen in anderen Rechtsmaterien von struktureller Bedeutung für ein klimafreundliches Leben (wie etwa das Vergaberecht oder das WTO-Recht) (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 15} Klimaschutzrecht wird auf mehreren Ebenen gestaltet und vollzogen; dabei bestehen Kompetenzabgrenzungs-, Abstimmungs- und Koordinierungserfordernisse von der internationalen über die

europäische und nationale bis zur lokalen Ebene (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 10, 11, 12}

Unionsrechtliche Regelungen beeinflussen den rechtlichen Rahmen, den Österreich für klimafreundliches Leben setzen kann (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11, 12} Mit dem europäischen Emissionshandel (Emission Trading System, EU ETS) für die emissions- und energieintensive Industrie und Teile des Energiesektors ist der Einsatz marktbasierter Instrumente für Österreich EU-rechtlich vorgegeben. {Kap. 11} Nationale Handlungsspielräume mit direkter Klimarelevanz bestehen vorwiegend im Bereich außerhalb des europäischen Emissionshandels („Non-ETS“), insbesondere im Verkehr, bei Gebäuden, in Landwirtschaft und Abfallwirtschaft, im Gewerbe und bei Anlagen der Industrie, die nicht in das ETS einbezogen sind, sowie bei erneuerbaren Energieträgern (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11}

Im Bereich der Infrastruktursysteme haben regulatorische Rahmenbedingungen einen großen Einfluss auf die Gestaltung von Organisationsstrukturen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 22} Diese waren bisher durch eine Liberalisierung der Märkte gekennzeichnet, mit dem Ziel, die gesamtwirtschaftliche Effizienz in der Europäischen Union zu verbessern und Monopolrenten zu vergesellschaften (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 22} Mangels geeigneter Planung und Steuerung führt sowohl die aktuelle Nutzung und Instandhaltung als auch ein weiterer Ausbau von netzgebundenen Infrastrukturen oftmals zu mehr Treibhausgasemissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 22}

Das nationale Klimaschutzgesetz (KSG) hat zum Ziel, die Klimapolitik in dem Bereich zu koordinieren, der nicht dem europäischen Emissionshandel unterworfen ist (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11} Der Verpflichtungszeitraum des KSG in seiner geltenden Fassung ist mit 2020 ausgelaufen, seine Steuerungs- und Durchsetzungskraft wird als gering eingeschätzt; eine Neufassung des KSG ist seit 2020 in Verhandlung (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 5, 11, 12}

Es gibt in Österreich kein explizites Grundrecht auf Umwelt- bzw. Klimaschutz. {Kap. 11} In einzelnen europäischen Ländern haben Gerichte Klagen betreffend stärkerer Klimaziele stattgegeben und dafür die Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bzw. Staatsziele herangezogen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11}

Das Zusammenspiel einer Vielzahl an Akteuren bestimmt das Klimaschutzrecht (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11} Verwaltungsinterne Ressortgegensätze prägen auch die Gestaltung der nationalen und europäischen Klimapolitik (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11} Koordiniertes und zielorientiertes Handeln wird durch die Organisation politischer

Verantwortlichkeiten in getrennten „Säulen“ mit ihren jeweiligen Eigenlogiken sowie durch den Mangel an längerfristigem und strategisch adaptivem Politiklernen erschwert (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 13}

In umweltrelevanten Genehmigungsverfahren hat die Aarhus-Konvention die Rechte von Umweltorganisationen wesentlich gestärkt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11} Diese Stärkung ist grundsätzlich für den Klimaschutz förderlich, wenngleich die Beurteilung besonders im Zusammenhang mit Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energie differenziert ausfällt (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11} Aus der Perspektive von Projektbetreibern wird verstärkte Öffentlichkeitsbeteiligung, insbesondere auch die Beteiligung von Umweltorganisationen, oft grundsätzlich als Hemmnis für den Wirtschaftsstandort qualifiziert (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 11}

Das föderale System Österreichs weist eine hohe Divergenz bei den Ziel- und Entscheidungsstrukturen, Handlungsspielräumen und Zeithorizonten auf (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {12, 19} Die bundesstaatliche Kompetenzverteilung insbesondere in Raumordnung, Bauwesen und Verkehr erschwert die Entscheidungsfindung und damit eine zielorientierte Dekarbonisierung (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12}

Wenn Politikinstrumente kombiniert werden, können Transformationen deutlich erfolgreicher angestoßen und begleitet werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4, 13, 14, 15} Die Kombination von innovativen angebots- und nachfrageseitigen Instrumenten umfasst Forschungs- und Innovationsförderung, Regulierung und Beschaffung. Beispiele sind grüne und innovationsorientierte Beschaffung {Kap. 13}, Verbote von Autos in Städten {Kap. 6} oder Verbote des Einbaus von Gas- und Ölheizungen bei Neu- oder Umbau {Kap. 14}. Wenn Politikinstrumente erprobt werden (zum Beispiel mithilfe von Reallaboren, regulatorischen Experimenten, Regulatory Sandboxes), so ist es – um Aussagen über ihre Wirksamkeit treffen zu können – erforderlich, diese durch Monitoring-, Lern- und Evaluierungsprozesse über längere Zeiträume zu begleiten (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 13, 21, 22} Dies gilt auch für die Schaffung klimafreundlicher sozialer Sicherungssysteme (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 18}

Wenn im föderalen System klimafreundliche Strukturen geschaffen werden sollen, dann sind dafür zielorientierte und koordinierte Governance-Modelle, die Inanspruchnahme bestehender Fachplanungskompetenzen sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit einer Neugestaltung der Kompetenzverteilung, insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Raumplanung, erforderlich (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis).

{Kap. 11} Die Einführung einer eigenen Bedarfskompetenz Klimaschutz auf Bundesebene sowie die Nutzung nationaler Handlungsspielräume im Rahmen der europäischen Klimaschutzgesetzgebung wird vielfach als notwendig erachtet, um einheitliche Klimaschutzstandards zu schaffen. Die kompetenzrechtliche Neuordnung der Materie „Raumplanung“ und die Nutzung von Bundesfachplanungskompetenzen wird als notwendig für eine verbindliche und abgestimmte Verkehrs- und Netzinfrastrukturplanung eingeschätzt (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 22} Sollen klimafreundliche Strukturen nachhaltig institutionell verankert werden, bieten sich regelmäßige und geregelte Formen der Kooperation an (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 12, 18} Auf der Basis neuer gesetzlicher Grundlagen (z. B. Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz 2021) können neue Organisations- und Akteursmodelle entwickelt und im Rahmen von Experimenten getestet werden (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 11, 15, 22}

Demokratische Öffentlichkeit als Fundament der Klimapolitik

Eine lebendige öffentliche Debatte, engagierte Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Initiativen sowie Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit sind Grundlagen einer demokratischen Öffentlichkeit. {Kap. 1, 2, 3} Allerdings verfestigen aktuell große Teile des Bildungs- und Wissenschaftssystems bestehende Verhältnisse und fokussieren nicht in ausreichendem Ausmaß auf Nachhaltigkeit sowie klimafreundliche Lebensweisen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21} Medien berichten zwar in zunehmendem Maße, aber immer noch zumeist auf niedrigem Niveau über Klimaschutz und tragen deshalb nur wenig zur demokratischen Debatte zu klimafreundlichem Leben bei (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 20} In beiden Bereichen (Bildung und Wissenschaft bzw. Medienberichterstattung) liegt der Fokus auf individuellen Verhaltensänderungen, allen voran Fragen des Lebensstils und des Einkaufsverhaltens, während *Strukturen* klimafreundlichen Lebens weniger Aufmerksamkeit erhalten (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 20, 21}

Die mediale Aufmerksamkeit zur Klimakrise verbleibt auf geringem Niveau, selbst wenn sie in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 20} Einige Akteur_innen im österreichischen Mediensektor haben bisher wenig bis keinen erkennbaren Fokus auf die Klimakrise gelegt (geringe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 20} Wie umfangreich über die Klimakrise berichtet wird und wie die jeweiligen Berichte konkret ausgestaltet sind, hängt

von etablierten Medienpraktiken (wie anlassbezogener Berichterstattung und Fokussierung auf den Nachrichtenwert) sowie von der Konkurrenz mit anderen Themen ab (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 20} Wenn über die Klimakrise berichtet wird, wird diese zumeist entsprechend dem Konsens in der Wissenschaft als menschengemacht beschrieben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 20} In manchen Medienhäusern, insbesondere bei ideologischer Nähe zu rechtskonservativen Positionen, und auch für einzelne Gruppen in sozialen Medien sind klimakrisenskeptische oder sogar -leugnende Positionen weiter präsent (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 20} In den sozialen Medien werden wissenschaftliche Detailfragen, (Laien-)fragen sowie neu aufkommende Themen diskutiert. Diese sind somit für das Agenda-Setting und die Mobilisierung für zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. NGOs und Aktivist_innen, relevant. Dies gilt gleichermaßen für klimafreundliche und klimakrisenskeptische Positionen (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 20}

Das aktuelle Umfeld von Medienunternehmen, insbesondere zunehmender Wettbewerbsdruck und vorwiegend privatwirtschaftliche Eigentumsverhältnisse sowie die Abhängigkeit von politischen Akteur_innen, Werbemärkten und fehlende Anreize für Qualitätsjournalismus, erschwert, dass diese proaktiv klimafreundliche Strukturen gestalten (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 20} Die mediale Berichterstattung ist vorwiegend von Markt- und Innovationsargumenten und damit verbundenen Vorschlägen zur Abwendung der Klimakrise geprägt (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 20} Die Analyse treibender Kräfte und klimaschädigender Strukturen (z. B. das moderne Verständnis von Naturbeherrschung und die sozialen und wirtschaftlichen Wachstumszwänge) erhält wenig Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 20}

Wenn ein finanziell unabhängiger Wissenschafts-, Umwelt- und Klimajournalismus sowie alternative Journalismusformen (z. B. transformativer Journalismus) gestärkt werden, können Medien das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Gestaltens von Strukturen schärfen (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 20} Weitere Gestaltungsoptionen sind: Medienregulierung (insbesondere Ausrichtung der Medienförderung), Abkehr von fossilistischen Werbemärkten (das heißt dem Bewerben von klimaschädigenden Produkten oder Dienstleistungen wie z. B. Pkw mit Verbrennungsmotoren oder Billigflügen), die Erarbeitung neuer Finanzierungsmodelle und die Restrukturierung von Eigentumsverhältnissen im Mediensektor (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 20}

Die Förderung von Kompetenzen für ein klimafreundliches Leben umfasst auch den erheblichen Qualifizierungs- und Umschulungsbedarf für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 7, vgl. SPM 2.4} Kompetenzen für ein klimafreundliches Leben werden gefördert, wenn Klimawandelbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung den Lehr- und Bildungsplänen im formalen Bildungssystem und der Aus- und Fortbildung der Lehrenden zugrunde gelegt und als Aufgaben der informellen und nonformalen Bildung (in Kommunen, Museen, Bibliotheken etc.) gestärkt werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21}

Im Bildungssystem mindert der Fokus auf die Reproduktion bestehenden Wissens das eigenständige, an Werten der Nachhaltigkeit ausgerichtete Lernen und damit auch die Koproduktion von neuem Wissen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21} In Bildung und Wissenschaft werden die transdisziplinäre Kooperation zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichen Akteur_innen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Wissenschaft durch vorherrschende disziplinäre Strukturen benachteiligt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21}

Wenn Bildung und Wissenschaft für klimafreundliches Leben fruchtbar gemacht werden sollen, ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie ein Paradigmenwechsel in Richtung holistischer, integrierter und transformativer wissenschaftlicher und pädagogischer Praxis erforderlich (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21} Dies betrifft beispielsweise Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. {Kap. 21} Wesentlich sind die Orientierung an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den Zielen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung der UNESCO, eine inter- und transdisziplinäre Auseinandersetzung mit gesellschaftsrelevanten Problemstellungen und umfassende Strukturreformen, die auch Bildungspläne betreffen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21}

Mit Diskussionen über Ziele, Inhalte und Strukturen (z. B. Anreizsysteme, Ausschreibungskriterien), der Kritik bestehender Macht- und Konkurrenzverhältnisse und neuen kooperativen Institutionen für Inter- und Transdisziplinarität fördert Wissenschaft klimafreundliches und nachhaltiges Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21} Beispiele sind die Etablierung entsprechender Professuren, Institute, Forschungszentren, Laufbahnstellen, Studienprogramme, Lehrbücher, Fachzeitschriften, Forschungsnetzwerke und -gesellschaften (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 21}

Räumliche Rahmenbedingungen, Infrastrukturen und zeitgebundene Tätigkeiten

Die räumlichen Rahmenbedingungen, die vorhandene (netzgebundene) Infrastruktur und Zeit- bzw. Arbeitsstrukturen bestimmen, wie klimafreundlich gelebt werden kann. Sie geben vor, wo und wann Einzelne welchen Tätigkeiten nachgehen, und bedingen so klimaschädigende Praktiken oder ermöglichen klimafreundliche (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 4, 7, 8, 9, 17, 19, 22} Räumliche Strukturen umfassen insbesondere die Beziehungen zwischen Stadt, Land und suburbanem Raum. Sie beeinflussen beispielsweise das tägliche Mobilitätsverhalten und wie klimaschädigend Einzelne wohnen. {Kap. 19, 22} Auf globaler Ebene umfassen diese Strukturen auch das Verhältnis zwischen globalem Norden und Süden. {Kap. 15} Zeit- und Arbeitsstrukturen ergeben sich aus zeitgebundenen Tätigkeiten und Verpflichtungen im Bereich der Erwerbsarbeit sowie der unbezahlten, unverzichtbaren, (über-)lebensnotwendigen und oft unsichtbaren Pflege- und Betreuungsarbeit, die wir in diesem Bericht Sorgearbeit nennen. Sie prägen den Handlungsspielraum Einzelner und können die Möglichkeit, klimafreundlich zu leben, einengen (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8}

Bestehende Raumnutzungsstrukturen beanspruchen viel Boden, fragmentieren die Landschaft und verursachen lange Wege (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 6, 19} Im europäischen Vergleich hat Österreich einen überdurchschnittlichen und nach wie vor steigenden Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4, 5, 19} Die Ausgestaltung der Kommunalsteuer, wonach die Erträge zur Gänze jener Gemeinde zufließen, in deren Gebiet eine Betriebsstätte liegt, wird als wesentlicher Treiber für den Standortwettbewerb zwischen Nachbargemeinden um Ansiedlungen auf der grünen Wiese angesehen und ist eine der Ursachen einer klimaschädigenden Raum- und Verkehrsstruktur (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 19} Weiters erschwert ein Mangel an Flächen, die für erneuerbare Energieträger gewidmet sind, klimafreundliches Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 19} Mit verstärktem Umstieg auf erneuerbare Energien entsteht zusätzlicher Flächenbedarf und in der Folge Flächenkonkurrenz (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 19}

Für das klimafreundliche Verhalten erschwerend ist die Zersiedelung im suburbanen Raum, die oft mit klimaschädigender Mobilität mit dem Pkw einhergeht (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6, 7, 11, 19} Einkaufs- und Gewerbeagglomerationen, Logistikcenter und großflächige Parkplätze an Stadt- und Ortseinfahrten („draußen am Kreisverkehr“) sowie außerhalb der

Siedlungsränder („draußen auf der grünen Wiese“) gehen mit einem klimaschädigenden Bodenverbrauch einher, dem Leerstand und sinkende Attraktivität in Stadt- und Ortskernen gegenüberstehen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 19} Entsprechend hat die Pkw-Nutzung – gemessen am Motorisierungsgrad und durchschnittlich zurückgelegten Tagesentfernungen – in ländlichen und suburbanen Regionen weiter zugenommen. Nur in einigen Landeshauptstädten verlangsamt sich der Trend oder kehrt sich um (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6, 17} Neben Mobilität für Konsum zur Deckung des täglichen Bedarfs sind auch Wege für täglich notwendige Erwerbs-, Pflege- und Betreuungsarbeit klimarelevant (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 6, 7, 8, 9}

Bestehende Zeit- bzw. Arbeitsstrukturen in Verbindung mit räumlichen Strukturen und klimaschädigenden (netzgebundenen) Infrastrukturen erschweren klimafreundliche Freizeitgestaltung (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8, 9}. Zeitdruck, Beschleunigung und andere Belastungen in Arbeit und Alltag mindern die Lebensqualität und beeinflussen, wie klimafreundlich sich Einzelne verhalten (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 8, 9} Der zu beobachtende Wertewandel hin zu einer ausgewogenen Work-Life-Balance und neuen Sinnansprüchen an die Arbeit erhöht die Legitimität von Strukturen, die Erwerbsarbeit klimafreundlich gestalten (zum Beispiel Homeoffice und Arbeitszeitverkürzung) (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7, 8}

Unter den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen reicht das Instrumentarium der Raumplanung nicht aus, um klimaschädigende räumliche Entwicklungen wirksam umzukehren und klimafreundliche Strukturen zu gestalten (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 19} Um klimafreundliche räumliche Strukturen zu schaffen, ist es erforderlich, raumwirksame fiskalische Instrumente zu reformieren (zum Beispiel Finanzausgleich), klimaschädigende Subventionen abzuschaffen (z. B. Umgestaltung der Pendlerpauschale) und klimanützliche Abgaben (z. B. Abschöpfung von Widmungsgewinnen, Leerstandsabgabe) und Anreize (z. B. Entsiegelungsprämie) einzuführen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 19}

Energieversorgung, räumliche Strukturen und verfügbare Mobilitätsangebote bestimmen die Emissionsintensität sowohl von täglichen Freizeitaktivitäten als auch im Urlaub und am Weg dahin (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 6, 9, 19} Der Freizeitverkehr verursacht steigende Treibhausgasemissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6} Eine umfassende Transformation des Energie- und Mobilitätssektors ist daher zentral, um klimaschädigendes Verhalten zu verringern und klimafreundliches selbstverständlich zu machen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6, 9}

14, 22} Durch Internet- und Kommunikationstechnologien sowie durch die Digitalisierung von Freizeitaktivitäten verursachte Treibhausgasemissionen nehmen zu. Ihre Klimafreundlichkeit ist allerdings nicht einfach bewertbar, da die Bereitstellung nicht-digitaler Optionen ebenfalls Emissionen verursacht (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 9}

Im Bereich des Wohnens ist die Raumwärmebereitstellung in Gebäuden der mit Abstand größte Treibhausgasemittent (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4} Daher sind der Ausstieg aus Öl und Gas und die Umstellung der Heizsysteme auf erneuerbare Energieträger (z. B. Wärme und Strom aus erneuerbaren Quellen mittels Wärmepumpenheizung) und auf klimafreundliche Fernwärme (z. B. Erdwärme, Biomasse, Biogas) zentral für klimafreundliches Wohnen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 4}

Klimafreundliches Leben wird dauerhaft möglich und rasch selbstverständlich, wenn alle Wege kurz sind und zu Fuß, mit dem Fahrrad bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 6, 7, 8, 9, 17, 18, 19, 22} Dies reduziert das Autoverkehrsaufkommen und den Flächenbedarf für Verkehrsinfrastrukturen zugunsten von Aufenthalts- und Begegnungsräumen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 19} In Folge werden weniger Flächen für Bebauung in Anspruch genommen, weniger Boden versiegelt und die Flächenknappheit reduziert, was wiederum den Umstieg auf erneuerbare Energieträger ermöglicht und Treibhausgasemissionsreduktion ermöglicht (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 8, 9, 19} Ebenso sind Investitionen in qualitativ hochwertige und leistbare öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen wichtig, um klimafreundliches Leben in Beruf, Freizeit und Sorgearbeit zu fördern und eine sozialverträgliche Transformation zu stärken (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7, 8, 9, 17, 18}

Weniger Zeitdruck, verringerte Mehrfachbelastungen und mehr Möglichkeiten zur Erholung in der Freizeit können klimafreundliches Verhalten erleichtern (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8, 9} Arbeitszeitverkürzung sowie eine gleichmäßigere Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie Freizeit zwischen den Geschlechtern reduzieren Stress, machen klimafreundliche Praktiken attraktiver und erlauben, das Erwerbsarbeitsvolumen fairer zu verteilen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7} Um dies zu erreichen, sind soziale Absicherung und ausreichendes Haushaltseinkommen wesentliche Voraussetzungen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7} Darüber hinaus sind geeignete Infrastrukturen erforderlich, die leistbar sind, Zeitdruck mindern, Wege verringern und Unterstützung anbieten (z. B. dezentrale Pflegeangebote).

Lebenswerte Nachbarschaften mit funktionierender Nahversorgung und Daseinsvorsorge sowie leistbare und qualitativ hochwertige öffentliche Verkehrsmittel sind zwei Beispiele für Win-win-Veränderungen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 8, 9, 18}

Wenn klimafreundliches Verhalten durch kurze Wege erleichtert werden soll, braucht es passende Rahmenbedingungen und Infrastrukturen, insbesondere im gegenwärtig ressourcenintensiven Verkehrs-, Wohn- und Energiesektor (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 8, 9, 17, 19, 22} Wesentlich hierfür sind (1) eine flächensparende Bebauungsdichte mit zugleich höherem Durchgrünungsgrad, (2) eine stärkere Funktionsmischung, die Arbeiten, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Betreuungs- und Erholungseinrichtungen umfasst, (3) eine bessere Erreichbarkeit durch den öffentlichen Verkehr als Rückgrat der Siedlungsentwicklung und (4) eine polyzentrische Siedlungsstruktur, bei der Arbeitsmöglichkeiten sowie Bildungs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen an umweltfreundlich erreichbaren Standorten angesiedelt sind (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 19} Dies kann Zielkonflikte zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energieträger und Natur-, Landschafts-, Ortsbild- und Bodenschutz vorab entschärfen (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 19}

Wenn Raumplanung klimafreundliche räumliche Strukturen gestalten soll, sind zahlreiche Voraussetzungen zu erfüllen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 19} (1) Das vorhandene Raumplanungsinstrumentarium zur Nutzungs- und Standortplanung ist konsequent zielorientiert einzusetzen; (2) unterschiedliche Akteure_innen (Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) sind über informelle Instrumente und Planungsprozesse breit einzubinden; (3) Koordinationsaufgaben der Raumplanung sind zu forcieren; (4) die Sektoralplanungen (insbesondere Verkehrssystemplanung, Tourismus, Wasserbau, Energie) und Förderungen (insbesondere Wohnbau- und Wirtschaftsförderung) berücksichtigen räumliche und damit mittelbare klimarelevante Wirkungen; (5) in Kombination mit einer integrierten Energieraumplanung ist die Umstellung auf erneuerbare Energieträger und der raumverträgliche Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung sicherzustellen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 19}

Um raumplanerische Kernkompetenzen, die den Rahmen für die Situierung, Entwicklung und Gestaltung der Siedlungs-, Landschafts- und Grünräume sowie der Wirtschaftsstandorte setzen, zu stärken, ist mehr Durchsetzungswillen, Mut und Governance für zielorientiertes und koordiniertes Handeln nötig (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 19} Dazu sind neue Vorgaben und eine neue Governance-Kultur erforderlich, die Rechtssicherheit gewährleisten, Flexibili-

tät gewähren und zugleich konsequente Entscheidungen ermöglichen (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 19} Klimafreundliches Leben wird erleichtert, wenn weniger auf partikuläre, oft exklusive und ressourcenintensive Einzelinteressen, die den individuellen Konsum in den Vordergrund stellen, fokussiert wird (mittlere Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 4}

Um Netzinfrastrukturen in Richtung Klimafreundlichkeit zu verändern, sind langfristige Strategien, solide Investitionspläne, verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, internationale und nationale Abstimmungen, aber auch Raumordnungsinstrumente sowie missionsorientierte Forschung und Entwicklung notwendig (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 22} Die mit der Gestaltung netzgebundener Infrastruktursysteme verbundene Komplexität bedingt einen hohen Abstimmungsbedarf und sektorübergreifende Kooperationen zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um Planung und Maßnahmen am klimafreundlichen Leben auszurichten und sektorale sowie räumliche Schnittmengen zu nutzen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 22}

Staatliche Akteure können durch das Festlegen von Gemeinwohlverpflichtungen für Betreiber netzgebundener Infrastrukturen in den Bereichen Energie und Mobilität Strukturen klimafreundlich gestalten (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 22} Bund, Länder und Gemeinden sind Mehrheitseigentümer wichtiger infrastruktureller Unternehmen wie ÖBB, AS-FINAG, APG sowie vieler Verteilernetzbetreiber in den Bundesländern. {Kap. 22} Sie haben als Eigentümervertreter in Aufsichtsräten und als Gesetzgeber vielfältige Möglichkeiten zur Gestaltung von Strukturen, beispielsweise durch Investitionsentscheidungen und strategische Vorgaben (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 22} Diese Möglichkeiten wahrzunehmen, kann klimafreundliches Verhalten der Verkehrsteilnehmenden und Energienutzenden fördern, da dieses stark von Infrastrukturen sowie ordnungs- und fiskalpolitischen Rahmensetzungen abhängt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 4, 6}

Eine umfassende Transformation des Energie- und Mobilitätssektors erfordert die zielgerichtete Planung, Beschlussfassung und Umsetzung sowie das Monitoring von nachweislich effizienzgeprüften Maßnahmen auf allen Verwaltungsebenen (EU, Bund, Länder und Gemeinden) (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6, 17} Technische, die Effizienz erhöhende Maßnahmen, wie zum Beispiel der Umstieg auf E-Mobilität oder alternative Treibstoffe, reichen nicht aus, um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 6} Neben der Umstellung auf erneuerbare Energieträger bedarf es einer Reihe weiterer

technischer sowie sozialer, organisatorischer und institutioneller Innovationen, um die Umstellung auf klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen zu gewährleisten (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7, 9, 13, 14, 22}

Strukturen für einen ressourcenschonenden, klimafreundlichen und leistbaren Wohnbau erfordern gezielte und verstärkte Wohnbauförderung im gemeinnützigen Wohnbausektor, die Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen, den Vorrang von Umbau vor Neubau und die Verwendung klimafreundlicher Konstruktionsweisen, Materialien und Wärmeversorgungssysteme (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4} Zu bedenken ist, dass für sanierte Gebäude die Mietkosten im privaten Bereich ansteigen können, wodurch die Leistbarkeit für einkommensschwache Haushalte eingeschränkt wird (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 4, 17, 18} Für klimafreundlichen Wohnbau werden ferner Kriterien zur Wohnraumversorgung gefordert, die soziale und ökologische Aspekte aufgreifen sowie über Regionen hinweg bindend und komplementär zur Reduktion von Zersiedelung und Versiegelung sind (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4}

Klimafreundliche Güter- und Dienstleistungsversorgung und Erwerbsarbeit

Klimafreundliches Leben ist auf eine Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen angewiesen, deren Produktion mit geringen Treibhausgasemissionen einhergeht (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 3, 9, 14} Klimafreundliches Leben hängt daher davon ab, wie und welche Güter und Dienstleistungen erzeugt und bereitgestellt werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8, 9} Ebenso erfordert klimafreundliches Leben die Möglichkeit klimafreundlichen Arbeitens, sei es im Rahmen bezahlter oder unbezahlter Zeit (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 1, 3, 7, 8}

In Österreich besteht erheblicher Qualifizierungs- und Umschulungsbedarf für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 7} Betroffene Bereiche sind unter anderem Tätigkeiten im Rahmen der Energiewende (zum Beispiel der Umbau der Heizsysteme in Haushalten) sowie Beratungsleistungen für Energieeffizienz, neue IT-Systemtechniken sowie die Ausbildung für Berufe in der Kreislaufwirtschaft (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7}

Österreich verfügt über einen im internationalen Vergleich großen und dynamischen umweltorientierten Produktions- und Dienstleistungssektor (z. B. in den Bereichen der Bereitstellung von Energieressourcen und der Abfallwirtschaft) (hohe Übereinstimmung, mittlere Li-

teraturbasis). {Kap. 14} Besonders in energieintensiven Industrien wie Zement, Stahl, dem Bau- und Wohnungswesen, sowie der Energiewirtschaft selbst zeigen die vergangenen und gegenwärtigen Treibhausgasemissionsstatistiken weiterhin umfassenden Handlungsbedarf bei der Reduktion von Emissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 1}

Bei der Umsetzung der EU-weiten Strategien des European Green Deal im Bereich Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie steht Österreich am Beginn (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 15} Auf europäischer Ebene gibt es im Rahmen des European Green Deal zwar verschiedene Initiativen, die direkte und indirekte Effekte auf die Struktur und Organisation globaler Warenketten (von der Beschaffung von Rohstoffen bis zur Entsorgung) haben, in denen Güterproduktion großteils stattfindet. Die Umgestaltung von globalen Warenketten nach ökologischen Gesichtspunkten ist dabei aber kein explizites Ziel (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 5, 14, 15}

Gegenwärtig importiert Österreich Güter und Dienstleistungen, sei es für die Weiterverarbeitung in der heimischen Produktion oder für den Endkonsum, durch deren Herstellung außerhalb Österreichs Treibhausgase emittiert und Umweltschäden verursacht werden. Solche konsumbasierten Emissionen können als österreichischer Anteil an der Klimakrise interpretiert werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 15}

Um globales Wirtschaften klimafreundlicher zu gestalten, ist eine grundlegende Neugestaltung des Rechtsrahmens für die europäische und internationale Handels- und Investitionspolitik wesentlich (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 15} Maßnahmen umfassen die Ausrichtung der globalen Handelspolitik an den übergreifenden Zielen sozialer und wirtschaftlicher Stabilität und ökologischer Nachhaltigkeit, die Gewährleistung des Rechts, staatliche Regulierung zum Schutz von Gesundheit, Sozialem und Umwelt einzusetzen („right to regulate“), die Festlegung sanktionierbarer Unternehmenspflichten für die Einhaltung von Arbeitsstandards und Menschenrechten, die Sicherstellung von Freiräumen für die lokale und regionale Wirtschaft sowie die Stärkung sozial-ökologischer öffentlicher Auftragsvergabe (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 15} Das gegenwärtige Handelssystem sowie die aktuelle Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union steht im Konflikt mit einer integrativen klimafreundlichen Ernährungspolitik, die verschiedene Politikbereiche verbindet (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 5}

Die Festlegung von rechtsverbindlichen ökologischen Sorgfaltspflichten für transnational tätige Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette durch nationale bzw. EU-Lieferkettengesetze ist ein wirksames klimapoliti-

ches Instrument (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 15} Maßnahmen in und zwischen den jeweiligen wirtschaftlichen Sektoren, die in eine umfassende Industriestrategie integriert sind, können klimafreundliche globale Versorgungsketten fördern (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 15} Aktuell prägen unterschiedliche Akteure (Groß- und Kleinunternehmen, Ministerien, Interessenverbände und Zivilgesellschaft) mit ungleicher Machtausstattung und widersprüchlichen Interessen internationale Warenketten, und es fehlt an zielgerichtetem und koordiniertem Handeln, um Emissionen zu reduzieren (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 15} Ein weltweit gleich stringentes Niveau in der Klimapolitik oder zumindest Maßnahmen, um allfällige Unterschiede jeweils an der Grenze effektiv auszugleichen, tragen dazu bei, ungleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu vermeiden, und können Carbon Leakage vorbeugen, das heißt dem Abwandern klimaschädigender Produktion in Regionen mit weniger strengen Klimaschutzgesetzen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 15}

Wenn stärker regionalisierte und kreislauforientierte Wirtschaftsmodelle zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs beitragen, reduzieren sie in Österreich sowohl die produktionsbasierten als auch die konsumbasierten Emissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5, 15} Regionalwirtschaftliche Kreisläufe können durch Maßnahmen gefördert werden, die Produktionsprozesse dorthin verlagern, wo die jeweiligen Güter konsumiert werden (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 15} In der Literatur finden sich zahlreiche Vorschläge, Produktionsprozesse näher an den Konsumort zu verlagern (Nearshoring), an diesen zurückzuverlagern (Reshoring), falls sie dort bereits einmal waren, und die entsprechenden Interventionen nach ökologischen und sozialen Kriterien zu bewerten (koordiniertes Rescaling). {Kap. 15} Wenn die Verschärfung von Ungleichheiten vermieden werden soll, sind hierbei Gerechtigkeitsaspekte, wie etwa Fragen von Wirtschaftsmacht, wirtschaftlicher Abhängigkeit, die Verteilung von Vermögen und Einkommen zwischen und innerhalb unterschiedlicher Staaten und Personen, zu beachten und anzuwenden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 15}

Umweltfreundliche und kreislaufwirtschaftliche Geschäftsmodelle und Verfahren zur effizienten und suffizienten Produktion qualitativ hochwertiger, langlebiger, teilbarer und reparaturfähiger Produkte leisten einen Beitrag zum klimafreundlichen Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 5, 7, 8, 9, 14} Eine weitreichende Transformation der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft sowie der verstärkten gemeinsamen Nutzung von Ressourcen können zur Erreichung der Klimaziele beitragen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14} Zugänge wie „Nutzen statt Besit-

zen“ und „Reparieren statt Wegwerfen“ leisten einen Beitrag, indem die Produktion neuer Güter und damit einhergehende klimaschädigende Emissionen vermieden werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 8, 9, 14} Statt in linearen Produktionsprozessen Material zu verbrauchen und Abfälle anzuhäufen, können Dienstleistungen das Teilen von Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen ermöglichen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14}

Für die Agrar- und Ernährungswirtschaft gibt es zahlreiche umsetzbare Vorschläge, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wobei die größten Reduktionspotenziale in Produktion, Distribution und Konsum von tierischen Produkten liegen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5} Diese Vorschläge fanden bisher wenig Resonanz in klimapolitischen Maßnahmen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5} Klimaschädigende Strukturen bleiben bestehen, wie der Fokus auf tierische Produkte, der Preisdruck auf die Erzeuger, die starke Importabhängigkeit bei Futtermitteln und die starke Exportorientierung der Landwirtschaft (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5} Punktuell wird klimafreundliches Verhalten gefördert (z. B. durch klimafreundliche Produktangebote), dem stehen allerdings klimaschädigende Routinen, Praktiken und Gewohnheiten entgegen (z. B. regelmäßiger Fleischkonsum, Wegwerfen von Nahrungsmitteln) (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5} Einflussreiche Akteure wie Verarbeitungsindustrie und Handel sind in Hinblick auf klimafreundliches Leben wissenschaftlich wenig untersucht. {Kap. 5}

Im Ernährungssystem sind adaptive, inklusive und sektorübergreifende Ansätze vielversprechend, die auf dezentrale Selbstorganisation, Entrepreneurship und soziales Lernen setzen und unter anderem durch finanzpolitische Anreize gefördert werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 5} Produktion und Konsum biologisch produzierter Lebensmittel können einen Beitrag zur Treibhausgasemissionsreduktion leisten und weisen darüber hinaus zahlreiche zusätzliche Vorteile („Co-Benefits“) einer klimafreundlichen Ernährung auf, wie Schutz von Biodiversität und Tierwohl sowie erhöhtes bäuerliches Einkommen (geringe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5} Wenn die Reduktion von Treibhausgasemissionen sichergestellt werden soll, sind mögliche klimaschutzbezogene Nachteile, wie etwa höherer Flächenbedarf, der die Absorption von Treibhausgasen verringert, zu berücksichtigen (geringe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 5}

Gegenwärtig erfüllen weite Bereiche der Erwerbsarbeit nicht die Voraussetzungen für ein klimafreundliches Leben (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7} Allgemein sind technische Entwicklungen sowie die Digitalisierung ambivalent. Sie können Erwerbsarbeit

klimafreundlicher machen (zum Beispiel die Reduktion von Pendelverkehr durch Telearbeit), aber auch klimaschädigender (zum Beispiel Produktionsmittel mit hohem Energieverbrauch bei der Herstellung digitaler Endgeräte) (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7} Die derzeit ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zur Versorgung anderer Menschen (Kinder, Älterer, Pflegebedürftiger) mindert Geschlechter-, Sorge- und Klimagerechtigkeit (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8}

Umstellungsprozesse im Bereich der Erwerbsarbeit hin zu einem klimafreundlichen Leben können durch betrieblich und politisch begleitete und am klimafreundlichen Leben orientierte, aktive Teilhabe der Belegschaft erleichtert werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7} Arbeitgeber_innen, so auch große und öffentliche Gesundheits- und Sozialdienstleister, können mittels betrieblicher Sozialpolitik klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 7, 18} Grundlegend sind die Gewährleistung materieller Absicherung sowie die gerechte Verteilung von Transformationskosten (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 7} In Diskussionen über die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind Art und Umfang der Erwerbsarbeit zentral, da Einkommen, soziale Sicherheit, Anerkennung und Teilhabe an Erwerbsarbeit gebunden sind und damit klimapolitische Gestaltungsspielräume beeinflusst werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 7, 8, 14, 18}

Die Infrastrukturen des Gesundheits- und Sozialsystems sind durch den Klimawandel deutlich und zunehmend belastet, zum Beispiel durch häufigere Krankenhausaufenthalte und verstärkt notwendige Kühlmaßnahmen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 18} Der Anteil des Gesundheitssystems am österreichischen CO₂-Fußabdruck liegt ungefähr bei 7 Prozent; für das Sozialwesen fehlen Befunde (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 18} Wie emissionsintensiv bezahlte und unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit sind, wird davon beeinflusst, in welchem Ausmaß zum Beispiel klimafreundliche oder klimaschädigende Güter und Dienstleistungen als Teil der Tätigkeit verbraucht werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 8, 18}

Wenn Gesundheits- und Sozialpolitik einen Beitrag zum Klimaschutz leisten sollen, kann dies u. a. durch verstärkte Gesundheitsförderung und Prävention, grüne Beschaffungspolitik und die klimafreundliche Gestaltung von Arbeitsplätzen erreicht werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 7, 8, 9, 18} Für eine klimafreundliche Versorgung mit sozialen Dienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen und Sachleistungen braucht es Investitionen in die bauliche Infrastruktur (zum Beispiel Sanierung von Krankenhäusern und Betreu-

ungseinrichtungen), finanzielle Mittel für die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten (zum Beispiel digitale Kompetenz) und eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 18} Auch sollten beide Politikfelder (Gesundheits- und Sozialpolitik) bei der Planung, Implementierung und Evaluierung aller klimabezogener Maßnahmen berücksichtigt und klimabezogene Kriterien in Wirkungs- und Effizienzanalysen gesundheits- und sozialpolitischer Programme integriert werden (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 18}

Um die langfristige Einhaltung der planetaren Grenzen zu gewährleisten, können alternative Versorgungsweisen (z. B. Energiegemeinschaften, Lebensmittelkooperativen) und Obergrenzen für Treibhausgasemissionen erforderlich sein (mittlere Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 14} Für klimafreundliche Konsum- und Investitionsentscheidungen können Informationen über die Klima- und Nachhaltigkeitswirkungen entlang des gesamten Produktions- und Gebrauchszyklus unterstützend wirken. Hierfür sind Monitoring-Mechanismen und eine bessere Nachvollziehbarkeit der Klima- und Nachhaltigkeitswirkung ausbaufähig (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 9} Individuelle Lebensstilveränderungen reichen nicht aus, um die negativen Klimawirkungen des Konsums zu reduzieren (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 15}

Ein klimafreundliches Leben bedingt ein Ende klimaschädigender Verhaltensweisen, Produktionsprozesse und Handelspraktiken. Die Gestaltung dieser Veränderungen und des damit einhergehenden Strukturwandels stellt eine besondere Herausforderung dar (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 7, 14, 15} Der Bericht verweist beispielhaft auf die notwendige Emissionsreduktion beim Individualverkehr und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Auto(zuliefer)industrie, auf Verbote für bestimmte emissionsintensive Produkte (zum Beispiel Einbau von Ölheizkesseln) oder auf den Zusammenhang zwischen Fleischkonsum, der auch Absatzmärkte sichert, und klimaschädlichen Emissionen {Kap. 5, 6, 7, 15}. Ebenso können davon Dienstleistungen betroffen sein, deren Bereitstellung direkt oder indirekt mit klimaschädigenden Emissionen verbunden ist (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 3, 8, 9, 15} Aus einer globalen Perspektive, die auch Überlegungen der Klimagerechtigkeit aufgreift, wird in diesem Zusammenhang die Bedeutung von suffizienzorientierten Praktiken betont, die durch die Reduktion des globalen Material- und Energieverbrauchs Treibhausgasemissionen entlang der gesamten Produktionskette mindern. {Kap. 15}

Preise, Finanzierung und Investitionen für klimafreundliches Leben

Preise von Gütern und Dienstleistungen spielen eine wesentliche Rolle für Investitions- und Konsumentscheidungen und können die Finanzierung klimafreundlicher Strukturen erleichtern (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 3, 6, 7, 14, 15, 16} Sie schaffen Anreize für wirtschaftliche Akteur_innen und beeinflussen deren Kosten und Erträge und so auch Renditen, Gewinne und Verluste. {Kap. 16}

Eine in Hinblick auf klimafreundliches Leben tiefgreifende und effektive Reform von Steuern und Subventionen schafft Anreize und ist ein zentraler Ansatzpunkt zur Emissionsminderung (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16, 2, 3, 5, 6, 7, 9, 11, 14, 15, 17, 18} Dies kann klimafreundliche Strukturen begünstigen und klimaschädliche Strukturen zurückdrängen da klimaschädigende Güter und Dienstleistungen teurer und klimafreundliche im Verhältnis kostengünstiger werden (oft diskutiert unter dem Begriff Kostenwahrheit). {Kap. 16}

Um Armutsgefährdung durch klimafreundliche Preisstrukturen zu vermeiden, können Investitionen in sozial-ökologische Infrastrukturen getätigt, soziale Sicherungssysteme ausgebaut oder monetäre Kompensationen sozial differenziert vorgenommen werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14, 17, 18} Sozial-ökologische Infrastrukturen ermöglichen eine leistbare, dauerhafte und klimafreundliche Befriedigung von Bedürfnissen. {Kap. 2} Wenn die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen (zum Beispiel sozialer Wohnbau, öffentlicher Verkehr, dezentrale Pflegeangebote) klimafreundlich ausgebaut wird, können positive Verteilungswirkungen erzielt und hohe gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werden (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 4, 17, 18}

Die Finanzpolitik kann auf unterschiedlichen Ebenen effektive Anreize zur Finanzierung klimafreundlicher Investitionen schaffen (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16} Auch die Österreichische Nationalbank (OeNB) als Teil des europäischen Zentralbankensystems und die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) als die Finanzmärkte regulierende Behörde gestalten Strukturen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16} Einerseits können sie durch Regulierung das Klima-Finanzrisiko reduzieren, indem klimabezogene physische Risiken und Risiken, die sich aus dem Umbau hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft ergeben (sog. Transitions-Risiken), berücksichtigt werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 16} Andererseits können sie die Emissionswirksamkeit von grüner und nachhaltiger Finanzierung erhöhen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 16} Dies kann beispielsweise über entsprechende

Eigenveranlagung (grüne Investitionsstrategien der OeNB selbst) und über die Überwachung der Stabilität des gesamten Finanzsystems (durch makroprudenzielle Maßnahmen wie die Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken) geschehen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16}

Die Bepreisung klimaschädigender Gase durch CO₂-Steuern oder Emissionshandelssysteme mindert Emissionen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5, 6, 14, 15, 16, 19} Ökosoziale Steuer- und Industriepolitik sind wirksam, wenn CO₂-Steuern und eine Kreditlenkung in Richtung grüner Investitionen eingeführt werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 14, 16}

Soll grünes Investment von Vorsorgevermögen gestärkt werden, muss das Potenzial von Divest-Invest-Strategien bei institutionellen Anlegern (insbesondere betrieblichen Pensionsfonds und Mitarbeitervorsorgekassen) ausgeschöpft werden (hohe Übereinstimmung, schwache Literaturbasis). {Kap. 18} Divestment umfasst den Abzug von Anlagevermögen aus klimaschädigenden Industrien oder Unternehmen, bei dem als Teil von Divest-Invest freiwerdende finanzielle Mittel in andere, klimafreundliche Anlageformen verschoben werden. {Kap. 18} Institutionelle Anleger im System sozialer Sicherung (insbesondere kapitalmarktbasierter Abfertigungssysteme) sind von einem Wertverlust bedroht, wenn ihre klimaschädigenden Vermögenswerte (wie etwa Anlagen im Bereich der Erdöl- und Erdgasindustrie) im Zuge einer erfolgreichen Transformation hin zu klimafreundlichen Strukturen an Wert verlieren („stranded assets“ der Kohlenstoffblase) (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 18} Der Ausstieg aus solchen klimaschädigenden Vermögenswerten beschleunigt eine Transformation, mit der Klimaziele erreicht werden können. {Kap. 18}

Nur wenn „Greenwashing“ vermieden wird, können grüne und nachhaltige Finanzierungs- und Veranlagungsformen die Schaffung von klimafreundlichen Strukturen ermöglichen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 16} Allgemein wird unter Greenwashing ein Vorgehen verstanden, bei dem Güter und Dienstleistungen, die klimaschädigend sind oder die klimaschädigenden Prozessen entstammen, als klimafreundlich dargestellt werden. {Kap. 16} Auch aktuell viel diskutierte Initiativen wie der European Green Deal, die Taxonomie zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen, die Green-Recovery-Initiative im Gefolge der COVID-19-Pandemie sowie staatliches Risikokapital für innovative grüne Investitionen können von Greenwashing betroffen sein und sind nur wirksam, wenn dies vermieden wird (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16}

Wenn die Strukturen des Geld- und Finanzsystems einem klimafreundlichen Leben dienlich sein sollen, erfordert dies neben einer entsprechenden Regu-

lierung von (Finanz-)Märkten sowie der Schaffung klimafreundlicher Preisstrukturen auch Ge- und Verbote sowie geänderte gesellschaftliche Normen (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). Wenn langfristige öffentliche Investitionen in klimafreundliche Bereitstellung getätigt werden sollen, dann muss die bereits weit fortgeschrittene Finanzialisierung, das heißt die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft, rückgängig gemacht werden (niedrige Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 16}

Strukturen koordiniert und zielgerichtet gestalten

Damit klimafreundliches Leben zur attraktivsten Option, dauerhaft möglich und auch selbstverständlich wird, braucht es rasch umfassende Strukturveränderungen in allen Lebensbereichen wie die im Bericht bewertete Literatur zeigt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis).

Die im Bericht bewertete Literatur zeigt, dass die österreichischen Klimaziele für 2030 und 2040 nur dann erreichbar sind, wenn entschlossen, koordiniert, zielorientiert und kontinuierlich Strukturen für ein klimafreundliches Leben aufgebaut und gestaltet werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). Es reicht nicht, wenn ambitionierte Einzelne versuchen, ihr eigenes Verhalten zu ändern (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis) {Kap. 1, 2, 3, 4, 5, 14, 23}, wenn bloß einzelne Maßnahmen gesetzt werden (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 2, 12, 23}, wenn Klimaschutz als einziges Kriterium herangezogen wird (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 2}, wenn Klimaschutz zwar thematisiert, aber nicht entschlossen verfolgt wird (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 12}, wenn einzelne ambitionierte Akteur_innen alleine versuchen Klimaschutz zu betreiben (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 14}, oder wenn nur in einer einzelnen Regierungsperiode Klimapolitik erfolgreich umgesetzt wird (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis) {Kap. 12}.

In pluralistischen Gesellschaften gibt es unterschiedliche, einander widersprechende Vorstellungen darüber, wie mit der Klimakrise umzugehen ist (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 20} Dies erfordert einen konstruktiven Umgang mit Konflikten, die Bereitschaft zu Kompromissen wie auch das Durchsetzen demokratisch legitimer Entscheidungen gegen widerstrebende Interessen bei gleichzeitiger hoher Transparenz entsprechender Prozesse (mittlere Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 12} Ein Zugang, der unterschiedliche Perspektiven zulässt, kann beim Entwickeln von Strategien unterstützend sein (mittlere Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 23}

In liberalen Demokratien erfordert das koordinierte und zielgerichtete Gestalten von Strukturen effektive Kompetenzverteilungen sowie Foren, in denen Interessen artikuliert, Kompromisse verhandelt und Veränderungen beschlossen werden können (hohe Übereinstimmung, geringe Literaturbasis). {Kap. 6} Dies ist wesentlich, um mit Widerständen umzugehen, Ziel- und Interessenkonflikte auszutragen und zugleich das Ziel der Schaffung klimafreundlicher Strukturen nicht aus den Augen zu verlieren (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 4, 5, 7, 8, 11, 12}

Die für ein klimafreundliches Leben notwendigen Veränderungen, können entlang unterschiedlicher Transformationspfade beschrieben werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 23} Jeder Pfad kann für sich zur Erreichung der Klimaziele führen, sofern eine entsprechend tiefgreifende Umgestaltung der jeweiligen Rahmenbedingungen durch staatliche Institutionen vorgenommen wird. {Kap. 23} Je nach Pfad liegt der Fokus auf (1) klimafreundlicher Preisgestaltung, (2) koordinierter Technologieentwicklung, (3) Schaffung von Infrastrukturen und (4) suffizienzorientierten Initiativen (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 23} Um klimafreundliche Strukturen zu erreichen, sind Synergien zwischen den Pfaden zu nutzen und Schwächen einzelner Pfade auszugleichen. {Kap. 23}

Klimaschutzmaßnahmen betreffen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich, was die Akzeptanz von Maßnahmen bei Betroffenen, aber auch bei der Gesamtbevölkerung reduzieren und aktuelle Problemlagen in anderen Bereichen nicht lindern oder sogar verschärfen kann (mittlere Übereinstimmung; mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 5, 8, 9, 17, 18} In der Literatur finden sich zahlreiche Beispiele, die darlegen, wie Klimaziele mit anderen Zielen integriert werden können, um Akzeptanz und Wirkungspotenzial zu fördern (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 23}

Um klimapolitische Ziele zu erreichen, bedarf es der gesamten Bandbreite klimapolitischer Instrumente, das heißt einer abgestimmten und zielgerichteten Kombination aller (gerade auch verbindlicher) Maßnahmen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 5, 6, 8, 9, 12, 19, 18, 22, 23} Bisherige Klimapolitik war nicht ausreichend koordiniert und zielorientiert und verfolgte zumeist Einzelmaßnahmen mit geringerer Wirksamkeit, ohne Strukturen zu transformieren. {Kap. 12, 23} Die mit Innovationen und ihrer Anwendung verbundenen komplexen Dynamiken und Ungewissheiten hinsichtlich ihrer Wirkungen erfordern neuartige Governance-Konzepte, die Innovations- und Sektorpolitiken besser integrieren und breitere Gruppen von Stakeholdern in Politikprozesse einbeziehen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 12, 13}

Um klimapolitische Ziele zu erreichen, ist es wichtig, Maßnahmen zwischen den Handlungsfeldern abzustimmen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9} So genügt es beispielsweise nicht, lediglich die räumliche Infrastruktur zu verbessern, da der Umstieg vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr von Gewohnheiten und Wertvorstellungen geprägt wird: Erforderlich sind auch eine veränderte räumliche Organisation der Örtlichkeiten, die täglich erreicht werden müssen, ein verändertes Verständnis darüber, was als gute Formen der Fortbewegung verstanden wird, eine neue Zeitökonomie im Alltag und aktive Mobilitätsmodi (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 6, 7, 8, 9}

Demgegenüber hat die Kombination verschiedener Maßnahmen potenziell große Wirkung, sofern sie auf die Transformation von Strukturen abzielt (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 3, 12, 23} Potenziell wirksame Maßnahmen finden sich in den Bereichen der Klima- und Raumplanungsgesetze, aber auch der Steuer-, Förder-, Sozial- und Industriepolitik bis hin zur Aufsicht über die Tätigkeit ausgegliederter Unternehmen der öffentlichen Hand (z. B. im Bereich städtischer Infrastruktur oder im Verkehrsbereich) bzw. der Tätigkeit unabhängiger Regulierungsbehörden (zum Beispiel im Bereich Energie). {Kap. 23}

Medien sowie Akteur_innen in Wissenschaft- und Bildung, die Expertise, Informationen und Wissen bereitstellen, gesellschaftliches Bewusstsein stärken, Alternativen erproben und öffentliche Debatten unterstützen, können die Gestaltung klimafreundlicher Strukturen erleichtern und befördern (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 7, 8, 20} Ein wesentlicher Beitrag, um adäquate Strukturen klimafreundlichen Lebens erfahrbar zu machen, sind vermehrte mediale Berichte über Alternativen zu klimaschädigenden Formen des Wirtschaftens und über transformative Lösungsansätze (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 20}

Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen können einerseits durch Kritik und Protest und andererseits durch Engagement und soziale Innovationen Veränderungen anstoßen. Sie können daher wesentliche treibende Kräfte für die Gestaltung von Strukturen für ein klimafreundliches Leben sein (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 8, 12, 23} Wenn innovativen Beiträgen zivilgesellschaftlicher Bewegungen Aufmerksamkeit geschenkt wird, können neue Möglichkeiten der koordinierten gesellschaftlichen Selbstbegrenzung zur Einhaltung planetarer Grenzen für ein klimafreundliches Leben fruchtbar gemacht werden (starke Literaturbasis, hohe Übereinstimmung). {Kap. 2, 6, 8, 14, 16, 21, 23} Beispiele finden sich in Debatten im Bereich der Degrowth- bzw. Postwachstumsbewegung, von Buen Vivir und im Kontext der imperialen und solidarischen Lebensweise

(hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 16, 23}

Ohne kritische wissenschaftliche Analyse, ohne zivilgesellschaftliche Mobilisierung einer aktiven Klimabewegung, ohne Unternehmen, die sich für klimafreundliches Leben einsetzen, und ohne am klimafreundlichen Leben orientierten Interessenvertretungen, sind die notwendigen Transformationen kaum umsetzbar (mittlere Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 23} Zivilgesellschaftlicher Protest, der dauerhaft zur Gestaltung klimafreundlicher Strukturen beitragen will, braucht gestaltungswillige Partner_innen, insbesondere in Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 1, 2, 12, 23}

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung klimafreundlicher Strukturen kommt Unternehmen zu, die klimafreundliche Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsprozesse umsetzen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14} Unternehmen schaffen Angebote an Produkten und Dienstleistungen, mit denen Konsument_innen ihre Bedürfnisse klimafreundlich befriedigen können, sofern ein solches Angebot vorhanden ist (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 5, 7, 13, 14, 15, 20, 22} Diese können sich an Prinzipien der Kreislaufwirtschaft, des fairen Handels oder der biologischen Landwirtschaft orientieren und so Angebote an klimafreundlichen Gütern und Dienstleistungen schaffen, womit Einzelnen ein klimafreundliches Leben ermöglicht und leichter gemacht wird (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 5, 8, 6, 7, 9, 14, 15, 17, 18, 20}

Die Umgestaltung der Wirtschaft für ein klimafreundliches Leben betrifft viele Aspekte der Erwerbsarbeit stark (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7} Um klimafreundliche Strukturen zu erreichen, können materielle Absicherung sowie die Verteilung von Transformationskosten als Teil betrieblicher und politischer Begleitmaßnahmen, verhandelt werden. {Kap. 7} Eine Neubewertung von bezahlter und unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit und deren am Allgemeinwohl orientierte Organisation können dazu beitragen, sowohl soziale Ungleichheit zu mindern als auch ein gutes Leben unter Einhaltung planetarer Grenzen zu fördern (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 7, 8, 9}

Das unternehmerische Gestalten von Strukturen wird durch Erwartungssicherheit und Planbarkeit erleichtert (mittlere Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 14, 16} Der Staat sowie die Verwaltung von Bund und Ländern können als Gesetzgeber, Nachfrager und Bereitsteller Strukturen für ein klimafreundliches Leben gestalten und Erwartungssicherheit und Planbarkeit schaffen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 14, 22} Ein Klimaschutzgesetz mit strategischen Zielvorgaben und effektiven Sanktionsmechanismen ist erforderlich,

um klimafreundliche Strukturen wirksam zu gestalten (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11, 12}

Öffentliche Einrichtungen können im Rahmen ihrer Verantwortlichkeiten, insbesondere ihrer Kompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge, zu einem Wandel in Richtung klimafreundlicher Lebensweisen beitragen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 22} Um nationale und subnationale (insbesondere auch kommunale) Gestaltungsspielräume in der Daseinsvorsorge nutzen zu können, werden mehr Handlungsspielräume in der europäischen Wirtschaftsverfassung als wesentlich angesehen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 11}

Klimaschutzmaßnahmen ohne Ausgleich für Geringverdienende erhöhen Armutsriskien und verschärfen Armutslagen sowie soziale Exklusion (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 17} Eine besondere Rolle spielen hierbei steigende Energie- und Wohnkosten, insbesondere wenn Haushalte mit geringem Einkommen in energetisch nicht angemessen sanierten Gebäuden wohnen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4} Eine etwaige Sanierung kann die Energie- und Heizkosten reduzieren und zugleich die Mietkosten aufgrund einer marktlichen Aufwertung erhöhen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 4, 17, 18}

Klimaschutzmaßnahmen können Ungleichheiten abbauen und mit sozialstaatlichen Maßnahmen, die vor Nachteilen und Verlusten schützen bzw. soziale Sicherheit gewährleisten, kombiniert werden (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 3, 5, 7, 8, 9, 18} Diese umfassen ausgebaute materielle Absicherung sowie die sozial-, gender-, umwelt- und klimagerechte Verteilung von Transformationskosten (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 3, 4, 7, 8, 14, 17, 18}

Wenn Klimaschutzmaßnahmen zu einem guten, sicheren und leistbaren Leben für alle beitragen, werden diese eher akzeptiert, sind so leichter umsetzbar und wirksamer (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 5, 7, 9, 15, 17} Beispiele aus der Literatur umfassen die Versorgungssicherheit durch geringe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sowie durch allgemein zugängliche öffentliche Infrastrukturen (hohe Übereinstimmung, starke Literaturbasis). {Kap. 2, 4, 6, 7, 8, 14, 16, 17, 18, 19} Besonders vielversprechend sind Strukturveränderungen, die Gewohnheiten verändern um Treibhausgasemissionen zu mindern und gleichzeitig die Lebensqualität erhöhen sowie bestehende soziale Ungleichheiten (z. B. Ernährungsarmut, Energiearmut) reduzieren ohne neue zu schaffen (hohe Übereinstimmung, mittlere Literaturbasis). {Kap. 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 17, 18}

Die Transformation von Strukturen für ein klimafreundliches Leben erfordert das Mitwirken aller gesellschaftlichen Kräfte. Zielorientiert und koordiniert

können Rahmenbedingungen und Verhältnissen ungeachtet verschiedener Positionen gemeinsam klimafreundlicher gestaltet werden: durch Unternehmer_innen, in Vereinen, Sozial-, Umwelt- und Klimabewegungen, am Arbeitsplatz, in Kammern und Interessenvertretungen als Teil der Sozialpartnerschaft. Ohne kritische wissenschaftliche Analyse, ohne zivilgesellschaftliche Mobilisierung einer aktiven Klimabewegung, ohne Unternehmen, die sich für klimafreundliches Leben einsetzen, und ohne an Allgemeinwohl und klimafreundlichem Leben

orientierte Interessenvertretungen sind die notwendigen Transformationen kaum umsetzbar.

Besondere Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungsverantwortung für die Gestaltung klimafreundlichen Lebens liegen bei öffentlichen Entscheidungsträger_innen, in Gesetzgebung und Regierung.

Nur wenn die aufgezeigten Gestaltungsmöglichkeiten umgesetzt werden, kann klimafreundliches Leben in Österreich möglich, attraktiv und selbstverständlich werden.